

18

Attacke auf Innenminister Ulbig

Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU) ist am Dienstagabend am Rande einer CDU-Veranstaltung in Dresden von Demonstranten angegriffen worden. Der Minister bestätigte gestern der Freien Presse, dass ihm nicht nur die Zufahrt und der Weg in den Veranstaltungsraum versperrt wurde, sondern dass es auch zu handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen den Akteuren und seinen Personenschützern kam. Etwa 30 Leute waren Augenzeugen des Vorfalls. Die Aktion stand offenbar im Zusammenhang mit der Durchsuchung der Wohnung eines Jugendpfarrers in Jena. Diesem wird von der Staatsanwaltschaft vorgeworfen, bei einer Demonstration am 19. Februar gegen Naziaufmärsche zur Gewalt gegen die Polizei aufgerufen zu haben. Die Razzia der sächsischen Polizei in Thüringen ist umstritten und wird von linken Gruppen als überzogen kritisiert. (gt)

(formatierte OCR-Abschrift von Freie Presse vom 18.08.2011)

Verdacht gegen Pfarrer unbegründet?

Dresden Der Verdacht gegen den Jenaer Pfarrer Lothar König (56) wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung konnte bisher nicht erhärtet werden, so die Dresdner Staatsanwaltschaft. Sie ermittelt gegen ihn auch wegen aufwieglerischen Landfriedensbruchs. Er soll am 19. Februar in Dresden zu Gewalttaten gegen Polizisten aufgerufen haben (BILD berichtete).

(formatierte OCR-Abschrift von BILD DRESDEN * 18. AUGUST 2011)

Demonstranten gehen auf Ulbig los

Am Dienstag geriet Sachsens Innenminister in eine Rängelei. Er war beim Sommergespräch des CDU-Landtagsabgeordneten Lars Rohwer (39) geladen doch der Weg dorthin wurde ihm durch etwa 30 linke Demonstranten versperrt. Mit großen Bannern brachten diese ihren Unmut über den Einsatz der sächsischen Polizei beim Jenaer Jugendpfarrer Lothar König (siehe Meldung rechts oben) zum Ausdruck. Nur mithilfe seines Sicherheitsmanns kam Ulbig durch die aufgebrachte Menge.

(formatierte OCR-Abschrift von BILD DRESDEN * 18. AUGUST 2011)

Demonstranten brachten Minister Ulbig in Bedrängnis

DRESDEN-Mit „Ulbig, Ulbig wir sind da - Querulanten Mafia“ wurde der Innenminister gestern gegen 18.30 Uhr vor der Bienertmühle von etwa 50 Demonstranten aus Jena und Dresden begrüßt, die auf Initiative der Jungen Gemeinde-Stadtmitte (Jena) gegen die Durchsuchungen bei Jugendpfarrer Lothar König demonstrierten.

„Ulbig stieg aus dem Auto und schaute sich die Transparente an. Einer seiner Bodyguards drückte sofort aggressiv die Leute weg leider, so Demonstrant Anton(23), der die nicht angemeldete „Spontandemo“ mitorganisiert hat. Er schloss nicht aus, dass Ulbig eigentlich gesprächsbereit gewesen wäre. „Der Minister wollte mit den Menschen reden, die aber hatten kein Interesse“, so Ministeriumssprecher Lothar Hofner. „Die haben nur gegrölt, wollten Krawall machen“, beschwerte sich CDU-Politiker Lars Rohwer. Die Situation eskalierte: Es folgte ein kurzes Gerangel, Ulbig's Personenschützer bahnten ihrem Schützling den Weg ins Gebäude und riefen die Polizei. Die Demonstranten stoben auseinander. „Ich bedaure, mit den Menschen nicht ins Gespräch gekommen zu sein“, so Ulbig. Vielleicht klappt es ein anderes Mal mit dem Gespräch, denn: „Wir machen weiter“, so Anton. Wir prüfen, ob ein Verstoß gegen das Versammlungsgesetz vorliegt“, so Polizeisprecher Thomas Geithner. Am

(formatierte OCR-Abschrift Morgenpost vom 18.08.2011)

Stellungnahme zum angeblichen Angriff auf den sächsischen Innenminister

August 18th, 2011

Am Dienstag den 16.08.2011 protestierten ca. 50 Unterstützer_innen aus Jena und Dresden anlässlich eines öffentlichen „Sommergesprächs“ des sächsischen Innenministers.

Ziel des Gegenbesuchs war es, mit Innenminister Ulbig ins Gespräch zu kommen. Dabei sollten die anhaltenden Repressionen gegen Demonstrant_innen vom 19. Februar sowie der Verbleib des blauen Lautsprecherwagens, der bei der Hausdurchsuchung am 10. August 2011 in Jena beschlagnahmt wurde, thematisiert werden.

Leider war Herr Ulbig, entgegen seiner Aussagen im Anschluss an den Protest, vor Ort nicht bereit mit den anwesenden Unterstützer_innen die genannten Themen zu besprechen. Auch das Care-Paket für den "Lauti" – u.a. bestückt mit einer Autozeitung und leckerem Kuchen – wollte er nicht entgegennehmen.

Verwundert sind wir über die nun – zwei Tage später – erfolgten Äußerungen aus dem Innenministerium, dass es zu einem Angriff auf den Innenminister Markus Ulbig gekommen sei. Diese Aussage weisen wir entschieden zurück. Es hat am 16.08.2011 keinen Angriff oder gar eine Attacke auf den sächsischen Innenminister gegeben.

Jedoch kam es zu einem Handgemenge zwischen einem Personenschützer und anwesenden Demonstrant_innen. [Wie wir bereits in unserem Bericht über den Gegenbesuch in Dresden am Dienstag abend erklärten, bedauern wir diesen Vorfall.](#)

JG-Soligruppe

(<http://jg-stadtmitte.de/2011/08/18/stellungnahme-zum-angeblichen-angriff-auf-den-sachsichen-innenminister/>)

Polizeiausflug nach Thüringen

Mit einer Hausdurchsuchung bei einem Pfarrer im Zusammenhang mit den Protesten gegen den Nazi-Aufmarsch in Dresden hat die sächsische Polizei für Empörung gesorgt.

von Jennifer Stange

Etwa 20 Beamte der sächsischen Polizei begaben sich in der vergangenen Woche ins benachbarte Thüringen. Dort durchsuchten sie die Dienstwohnung des Pfarrers Lothar König sowie das benachbarte Büro der evangelischen Jungen Gemeinde in Jena und beschlagnahmten einen Computer, Unterlagen und den Dienstwagen des Mannes, einen Kleinbus. König wird »aufwieglerischer Landfriedensbruch« im Zusammenhang mit den Protesten gegen den Nazi-Aufmarsch in Dresden am 19. Februar dieses Jahres vorgeworfen. Aus seinem Kleinbus heraus, der an dem Tag als Lautsprecherwagen diente, sollen den Vorwürfen der Dresdner Staatsanwaltschaft zufolge Demonstranten zu Gewalttaten gegen Sachen und Personen aufgerufen worden sein.

Die Empörung über die Durchsuchung war groß. Bei einer Solidaritätskundgebung für König versammelten sich noch am selben Tag etwa 600 Menschen in Jena. Der Oberbürgermeister Albrecht Schröter (SPD) kündigte an, auch im kommenden Jahr an den Protesten gegen den Nazi-Aufmarsch teilzunehmen. Thüringens Justizminister Holger Poppenhäger (SPD) beschwerte sich darüber, dass die Thüringer Behörden nicht vorher über die Razzia informiert worden seien. Die Evangelische Landeskirche in Thüringen verurteilte das Vorgehen als »skandalös«, weil die Diensträume des Pfarrers ohne Rücksicht auf das Seelsorgegeheimnis durchsucht worden waren. Die Vizepräsidentin des Bundestags, Katrin Göring-Eckardt (Grüne), reichte einen Fragenkatalog bei der Bundesregierung ein. Diese soll beantworten, ob die Durchsuchung rechtmäßig war, ob das Berufsgeheimnis des Pfarrers gewahrt blieb und ob es üblich sei, dass die Polizei eines Bundeslands selbständig in einem anderen Land tätig wird.

Der Jugendpfarrer König ist über die Thüringer Landesgrenzen hinaus bekannt, er engagiert sich seit Jahren gegen Nazis, auch an den Protesten gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm und den Demonstrationen gegen die Castor-Transporte hat er teilgenommen. In den Medien wird er als »streitbare Persönlichkeit« dargestellt. Doch an den Vorwürfen der Staatsanwaltschaft gibt es Zweifel. »Ein Geistlicher, über dessen Lautsprecher im Rahmen einer Demonstration zu Gewalttätigkeiten aufgerufen worden sein soll? Das kommt vielen Menschen zu Recht komisch vor«, heißt es etwa in einem Kommentar auf Zeit Online.

Die Dresdner Staatsanwaltschaft wird bereits seit Monaten vor allem wegen der Erfassung von Mobilfunkdaten während der Proteste im Februar (Jungle World 26/11) heftig kritisiert. Die Razzia

bei König dürfte das Ansehen der sächsischen Behörden nicht gerade steigern. Die Staatsanwaltschaft verteidigte die Durchsuchung dennoch. In der Taz kritisierte ein Sprecher zudem die öffentlichen Reaktionen. Der Rechtsstaat sei bedroht, da Politiker und Medien mit ihrer Kritik an dem Vorgehen versuchten, Einfluss auf das Verfahren zu nehmen. Die Staatsanwaltschaft dürfe der Strafprozessordnung gemäß bundesweit ermitteln, auch mit sächsischen Polizisten in anderen Bundesländern.

In der Leipziger Volkszeitung räumte der Sprecher der Staatsanwaltschaft jedoch ein, dass ein weiteres Verfahren, das gegen König wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung laufe, höchstwahrscheinlich eingestellt werde. Dem 57jährigen Pfarrer wird vorgeworfen, mit 22 weiteren Personen eine »Antifa-Sportgruppe« betrieben und gezielte Angriffe auf Nazis in Dresden verübt zu haben. Der Tatverdacht habe sich nicht bestätigt, teilte der Sprecher mit.

Gegen die restlichen Beschuldigten wird weiterhin ermittelt. Sie wohnen zum Großteil in Dresden, sind zwischen 20 und 30 Jahre alt und bis auf eine Ausnahme männlich. Die Personen passen also besser als der Pfarrer ins Bild, das sich die Öffentlichkeit von gewalttätigen Antifa-Aktivisten macht. Wahrscheinlich sind deshalb Solidaritätsbekundungen für sie, anders als im Fall von Lothar König, bisher ausgeblieben.

(<http://jungle-world.com/artikel/2011/33/43805.html>)

Streit um Jenas Jugendpfarrer

Thüringen und Sachsen im Clinch

Vergangene Woche durchsuchten sächsische Beamte das Haus des Jugendpfarrers im thüringischen Jena. Seitdem liegen sich beide Länder in den Haaren.von SEBASTIAN ERB & PAUL WRUSCH

Was erlauben sich die Sachsen? Jenaer Bürger protestieren vergangene Woche vor der Dienstwohnung von Jugendpfarrer König gegen die Hausdurchsuchung der Dresdner Behörden.

Am 13. September wollen sich die Kabinette von Thüringen und Sachsen auf Schloss Wackerbarth in Radebeul zu einer gemeinsamen Sitzung treffen. Der Termin ist lange geplant – doch die Tagesordnung muss nun wohl ergänzt werden. Denn nach der Hausdurchsuchung beim Jenaer Jugendpfarrer Lothar König haben gegenseitige Vorwürfe das Klima zwischen den beiden Ländern getrübt.

Die Opposition beider Länder äußert starke Kritik, in der kommenden Woche kommen deshalb die Justizausschüsse zu Sondersitzungen zusammen. Gleichzeitig nimmt die Angelegenheit immer mehr possenhafte Züge an.

Am Mittwoch vergangener Woche durchsuchten sächsischen Beamte das Haus des Jugendpfarrers im thüringischen Jena, unter anderem ein Computer und ein Kleinbus wurden beschlagnahmt. Die Dresdner Staatsanwaltschaft ermittelt gegen König wegen schweren aufwieglerischen Landfriedensbruchs. Aus seinem Bus soll während der Anti-Nazi-Demo im Februar [zu Gewalt aufgerufen worden sein](#).

In Thüringen empörten sich Kirche und Opposition: Was erlauben sich die Sachsen? Daraufhin beschwerten sich die Dresdner Justizbehörden über politische Einmischung.

Zum Zeitpunkt der Hausdurchsuchung weilte Thüringens Justizminister Holger Poppenhäger (SPD) im Urlaub - und meldete sich lautstark zu Wort. Es sei unklar, ob die Thüringer Behörden ausreichend eingebunden worden seien.

Jetzt mag sich Poppenhäger nicht mehr äußern

Am Dienstag dieser Woche trat dann sein Ministerkollege Jürgen Martens (FDP) in Dresden vor die Presse. Und er schilderte, dass es schon am 7. Juli ein Treffen zwischen sächsischen Polizisten und Jenaer Staatsschützern gab, dass im August noch mal telefoniert wurde und dass am Durchsuchungstag selbst die Polizeidirektion Jena um 5.30 Uhr Uhr informiert wurde. Diese Angaben bestätigt das Thüringer Innenministerium – zu Poppenhägers Blamage, der sich jetzt nicht mehr äußern mag.

Rechtlich, so steht nunmehr fest, ist die Durchsuchung nicht zu beanstanden, zumindest was die Länderzuständigkeiten angeht. Aber nur darum geht es längst nicht mehr. Das Verhalten der Dresdner Staatsanwaltschaft in jüngster Zeit habe "unser Vertrauen in unsere Demokratie ernsthaft erschüttert", schreibt der Jenaer Oberbürgermeister Albrecht Schröter (SPD) in einem Brief an Sachsens Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich (CDU) und lud ihn zu einer Diskussionsveranstaltung ein.

Tillich ließ das Schreiben an den Generalstaatsanwalt weiterleiten. Das gebiete der "Grundsatz der Gewaltenteilung".

Für weitere Aufregung sorgen die sächsischen Ermittlungsbehörden derweil bei Katharina König, der Tochter von Lothar König. Sie ist Abgeordnete der Linkspartei in Thüringen. Am Samstag erhielt sie einen Brief vom Dresdner Amtsgericht: Von einem "Vormittlungsverfahren" gegen sie ist da die Rede. König war überrascht: Vorher müsste doch ihre Immunität als Abgeordnete aufgehoben werden. Dies bestätigt ihr Parteigenosse Ralf Hauboldt, der Vorsitzende des Justizausschusses. Der Pressesprecher des Thüringer Landtags, Detlef Baer, widerspricht: Vormittlungen, die nötig seien, um die Aufhebung der Immunität zu begründen, könnten jederzeit erfolgen.

Schulterzucken beim Amtsgericht

Von der Dresdner Staatsanwaltschaft kam dann gleich die Beschwichtigung: Es laufen gar keine Vormittlungen gegen König. Ein bedauerlicher Irrtum, schuld sei das Amtsgericht Dresden, sagte Jan Hille, Sprecher der Dresdner Staatsanwaltschaft. "Bei uns wird nicht gegen sie vormittelt", so Hille.

Beim Dresdner Amtsgericht nur Schulterzucken. Man könne sich den Fehler einfach nicht erklären, sagte eine Sprecherin. König hat gegen den Beschluss Beschwerde eingelegt und bis zum Donnerstag keine weitere Nachricht erhalten. Sie streitet mit den Dresdner Behörden um die Herausgabe einer Telefonliste, die vor Monaten bei einer Autodurchsuchung beschlagnahmt wurde. Sie ist der Ansicht, dass wegen ihrer Immunität die Beschlagnahme rechtswidrig war. Offenbar sollte in dem ihr zugestellten Beschluss stehen, dass die Herausgabe verweigert wird.

Die Ermittlungen gegen Lothar König, die Grundlage der Hausdurchsuchung waren, laufen unterdessen weiter. Wegen "Bildung einer kriminellen Vereinigung" hingegen wird gegen ihn bald offenbar nicht mehr ermittelt. "Der Anfangsverdacht hat sich nicht verdichtet. Deshalb wird das Verfahren voraussichtlich eingestellt", sagte Staatsanwalt Hille der taz.

(<http://taz.de/Streit-um-Jenas-Jugendpfarrer!/76544/>)

Abfackeln mit Ankündigung

Im August 2010 wurde das Wohn- und Kulturprojekt RM 16 in Dresden mit einem Molotowcocktail angegriffen. Von der kommenden Woche an muss sich deshalb ein stadtbekannter Nazi wegen zehnfachen versuchten Mordes und schwerer Brandstiftung vor dem Dresdener Landgericht verantworten.

von Michael Bergmann

Stephan Schrage ist sich sicher: Eine ganze Reihe von Beweisen lässt nach Ansicht des Anwalts der Nebenklage »keinerlei Zweifel« daran, dass der junge Dresdener Nazi Stanley N. verurteilt wird. Schrage vertritt im Prozess am Dresdener Landgericht die Bewohnerinnen und Bewohner des Wohn- und Kulturprojektes RM 16.

In den Morgenstunden des 24. August vergangenen Jahres soll sich Stanley N. mit einem vorbereiteten Brandsatz zu dem Haus in der Robert-Matzke-Straße geschlichen und den Molotowcocktail gezielt in ein Fenster im zweiten Stock des Wohnprojekts geworfen haben (Jungle World 35/10). Der Bewohner des getroffenen Zimmers wurde vom Einschlag des Wurfgeschosses geweckt und löschte den Brandsatz geistesgegenwärtig. Im Nebenzimmer schlief zu diesem Zeitpunkt ein zweijähriges Kind. Ein Feuer brach nur deshalb nicht aus, weil die Flasche nicht wie geplant zerbrach. Insgesamt hielten sich zum Zeitpunkt des Anschlags zehn Personen in dem Haus auf. Ihren Tod nahm Stanley N. anscheinend billigend in Kauf.

Die Dresdener Ermittler kamen Stanley N. mit Hilfe der vielfach kritisierten Funkzellenauswertung auf die Spur. Offenbar ist diese Ermittlungsmethode bei der sächsischen Polizei sehr beliebt. Stanley N. soll zur Tatzeit mit seinem Handy in der Nähe des Tatorts telefoniert haben. Die anschließenden Ermittlungen sollen nach Aussage von Schrage etliche weitere Beweise gegen den Angeklagten zu Tage gefördert haben. Er soll den Angriff auf das Haus und seine Bewohnerinnen und Bewohner seit längerer Zeit geplant haben.

Die Sonderkommission Rechtsextremismus des Landeskriminalamts und die Staatsanwaltschaft Dresden gehen übereinstimmend von einem politischen Motiv aus. Der 21jährige Stanley N., der zur Tatzeit eine Ausbildung im Gartenbau absolvierte, ist seit seiner frühen Jugend ein Nazi und bewegt sich schon lange in dem entsprechenden Milieu. Im Alter von 16 Jahren soll er erstmals an Angriffen auf das Wohnprojekt RM 16 beteiligt gewesen sein. In einem Gerichtsprozess gegen Angehörige der rechtsextremen Hooligan-Gruppe »Assi Pöbel« (Jungle World 50/2005) berichtete ein Zeuge, Stanley N. habe bei einem der Angriffe im Jahr 2005 gefordert, das linke Haus »abzufackeln«.

In den vergangenen Jahren betätigte sich der Dresdener als »autonomer Nationalist« und Nachwuchshooligan des städtischen Fußballvereins Dynamo. Nach Informationen des »Antifa Recherche Teams Dresden« ist N. »eine treibende Kraft innerhalb der Dresdener Szene«. Demnach war er Wortführer einer Gruppe mit der Selbstbezeichnung »Autonome Nationalisten Dresden«. Im Frühjahr 2010 trat sie mit Aufklebern in Erscheinung, auf denen die Fassade der RM 16 und die Aufschrift »Robert-Matzke-Straße angreifen!« zu sehen waren. Nach Angaben des »Antifa Recherche Teams« konnte man die Aufkleber im Nazi-Forum »Widerstand« gegen Rückporto direkt bei Stanley N. bestellen, der dort unter seinem Nickname »hatecore crew DD« auftrat. Allerdings kamen die »Autonomen Nationalisten Dresden« nach Einschätzung des Rechercheteams nie darüber hinaus, ihr Revier mit Aufklebern und Sprühereien zu markieren und politische Gegner einzuschüchtern. Dass mit N. ausgerechnet der Anführer der Gruppe höchstwahrscheinlich eigenhändig einen Anschlag verübt hat, zeugt zudem nicht von taktischer und strategischer Weitsicht. Und mit den etablierten Dresdener Kameradschaften um die Führungspersonen Maik Müller und Ronny Thomas soll es immer wieder Meinungsverschiedenheiten gegeben haben.

Stanley N. hatte sich jedoch offensichtlich einen gewissen Ruf in der Szene erarbeitet. Als er im Januar 2011 unter Ausschluss der Öffentlichkeit wegen schweren Landesfriedensbruchs zu zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt wurde, standen Dutzende junger Nazis vor dem Gerichtssaal, um ihre Unterstützung zu bekunden. N. hatte nach einem Fußballspiel im Jahr 2008 Polizisten angegriffen, die ihn aufgefordert hatten, nicht auf den Bahnsteig zu urinieren. Das Urteil für die Tat fiel verhältnismäßig mild aus, weil N. dem Gericht glaubhaft machen konnte, dass er sich vom gewalttätigen Hooligan-Milieu gelöst habe und die Tat bereue. Wenige Tage nach dem Ende des Prozesses wurde er wegen des dringenden Tatverdachts des versuchten Mordes verhaftet, seitdem sitzt er in Untersuchungshaft.

Anders als die Staatsanwaltschaft sieht Nebenklageanwalt Schrage Stanley N. aber nicht als

Einzel Täter. »Die Anhaltspunkte für eine gemeinsame Vorgehensweise einer organisierten Gruppe haben sich in den Ermittlungen zwar nicht erhärtet. Das heißt allerdings nicht, dass es diese Anhaltspunkte nicht gibt.« Ob die Hinweise auf weitere Täter für weitere Anklagen ausreichen, werde die Hauptverhandlung zeigen. Sie soll am Donnerstag kommender Woche beginnen.

Für das Urteil wird die Entscheidung darüber wichtig sein, ob N. nach Erwachsenenstrafrecht verurteilt werden kann. Zum Tatzeitpunkt war er 20 Jahre alt. Das Gericht hat ein Gutachten in Auftrag gegeben, um festzustellen, ob der Angeklagte Entwicklungsdefizite aufweist und nach Jugendstrafrecht zu behandeln ist. Seine Verteidiger dürften den Versuch unternehmen, seine Familienverhältnisse strafmildernd geltend zu machen. Der junge Mann ist ein sogenanntes Scheidungskind. Sein Vater Uwe N., ein bekannter ehemaliger Hooligan von Dynamo Dresden, äußerte sich in einem Interview mit dem Fernsehsender MDR kürzlich zu seinen eigenen Gewaltabenteuern, bei denen er nach eigenen Angaben »groß von der Bühne gegangen« sei.

Gewalttätig scheint es in der Familie von Stanley N. zuzugehen: Erst vor wenigen Tagen durfte er für eine Aussage in einem Prozess gegen seine Verlobte Kathi M. seine Gefängniszelle für einige Stunden verlassen. Sie soll ihn im Juli 2010 mit einem Küchenmesser angegriffen und verletzt haben. N. schwieg zu der Sache, ebenso wie er sich zu der Anklage gegen ihn selbst bisher nicht geäußert hat.

(<http://jungle-world.com/artikel/2011/33/43796.html>)

Jenaer Oberbürgermeister kritisiert Einschüchterung

Jenas Oberbürgermeister Albrecht Schröter (SPD) schreibt in einem Brief an Sachsens Regierungschef von "erheblichem Vertrauensverlust" vieler "in den Umgang der sächsischen Staatsanwaltschaft mit Menschen, die sich dem Rechtsextremismus mutig und friedlich in den Weg stellen".

Jenas Oberbürgermeister Albrecht Schröter (SPD) hat Sachsens Regierungschef Stanislaw Tillich (CDU) eingeladen.

Jena. In einem gestern veröffentlichten Brief spricht er von "erheblichem Vertrauensverlust" vieler "in den Umgang der sächsischen Staatsanwaltschaft mit Menschen, die sich dem Rechtsextremismus mutig und friedlich in den Weg stellen".

Viele würden sich fragen, ob es "politische Absicht sei oder billigend in Kauf genommen werde, dass durch Datenspeicherung und Hausdurchsuchungen ein möglicher Effekt der Einschüchterung" entstehe.

Schröter bot Tillich an, mit diesen Menschen über die Intention der sächsischen Landesregierung und der Dresdner Staatsanwaltschaft zu diskutieren. Anlass für den Brief sei die Verunsicherung nach der Razzia beim Jenaer Jugendpfarrer Lothar König in der Vorwoche.

Die Sächsische Staatskanzlei bestätigte gestern unserer Zeitung den Eingang des Schreibens. Staatskanzleiminister Johannes Beermann (CDU) hat veranlasst, den Brief an den sächsischen Justizminister Jürgen Martens (FDP) weiterzuleiten. Beantworten soll diesen der sächsische Generalstaatsanwalt Klaus Fleischmann.

Begründet wird die Entscheidung in einem unserer Redaktion vorliegenden Schreiben mit der "Gewaltenteilung", weil der Brief aus Sicht des Staatskanzleiministers "das Vorgehen der Ermittlungsbehörden in einem laufenden Ermittlungsverfahren kritisiert".

Ob Stanislaw Tillich der Einladung folgt, war gestern nicht zu erfahren. Es scheint aus den genannten Gründe aber eher unwahrscheinlich.

Jenas Oberbürgermeister stellt auch klar, dass Straftaten, sollten diese begangen worden sein, verfolgt werden müssen.

Anlass der Razzia in der Vorwoche sind Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Dresden gegen Jugendpfarrer König, wegen "schweren aufwieglerischen Landfriedensbruchs". Er soll auf einer Anti-Nazi-Demo am 19. Februar zu Gewalt gegen Polizisten aufgerufen haben.

Die Tochter des Pfarrers, [Katharina König](#), hatte vergangenen Samstag einen Beschluss des Amtsgerichts Dresden erhalten, in dem von Vorermittlungen gegen die Linke-Landtagsabgeordnete die Rede ist.

Am Montag dementierte die Staatsanwaltschaft Vorermittlungen. Eine angekündigte Korrektur des Gerichtsbeschlusses traf bisher jedoch nicht ein.

Kai Mudra / 19.08.11 / TA

(<http://www.tlz.de/web/zgt/suche/detail/-/specific/Jenaer-Oberbuergermeister-kritisiert-Einschuechterung-170169909>)

Generalstaatsanwalt rechtfertigt Durchsuchung bei Pfarrer in Jena

Jenas Oberbürgermeister Dr. Albrecht Schröter erhielt auf seine Einladung nach Sachsen Antwort von Dresdens Generalstaatsanwalt Klaus Fleischmann.

Dresdens Generalstaatsanwalt Klaus Fleischmann weist den Vorwurf zurück, die sächsischen Behörden seien mit der umstrittenen Durchsuchung beim Jenaer Jugendpfarrer falsch vorgegangen. Polizei und Staatsanwaltschaft in Thüringen seien über die Maßnahmen "rechtzeitig entsprechend den üblichen Vorgehensweisen" informiert worden, schrieb Fleischmann am Freitag in einem Brief an den Jenaer Oberbürgermeister Albrecht Schröter (SPD).

Dresden/Jena. Klagen über Informationsdefizite bei den thüringischen Behörden seien deshalb "nicht gerechtfertigt", so Fleischmann. Das Schreiben ist eine Reaktion auf einen offenen Brief von Schröter, den er an Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) geschickt hatte. Grund war die Durchsuchung sächsischer Ermittler bei Jugendpfarrer Lothar König in der vergangenen Woche. Gegen ihn wird im Zusammenhang mit der Blockade eines Neonazi-Aufmarsches am 19. Februar in Dresden wegen Landfriedensbruchs ermittelt.

Mit Verweis auf das laufende Verfahren äußerte sich Fleischmann zu dem Fall nicht näher. Unterstellungen, den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen lägen unsachliche Motive oder Einflussnahmen zugrunde, wies er allerdings entschieden zurück. Bei Anhaltspunkten für eine Straftat müsse diesen nachgegangen werden.

Extremisten und Gegner müssen Grenzen akzeptieren

Auch die Ermittlungen gegen andere Blockierer rechtfertigte Fleischmann. Zwar sei auch er der Meinung, dass der Extremismus bekämpft und die Anhänger bestraft werden müssten, wenn sie die Grenzen von Recht und Gesetz überschritten. "Diese Grenzen haben aber auch die Gegner von Extremisten zu respektieren", schrieb Fleischmann. Die Staatsanwaltschaft handle immer anhand von objektiven Kriterien und nicht entlang politischer Ausrichtungen.

Auch Demonstrationen von Extremisten müssten akzeptiert und notfalls durch die Polizei geschützt werden. "Gegendemonstranten müssen dies hinnehmen und ihrerseits Recht und Gesetz beachten", schrieb der Generalstaatsanwalt.

In Dresden hatten im Februar Tausende Menschen einen geplanten Neonazi-Aufmarsch blockiert. Überschattet wurde der friedliche Protest von schweren Krawallen. Am Rande der Demonstration erfasste die Polizei mehr als eine Million Handydaten, was bundesweit einen scharfen Protest auslöste. Die sächsische Opposition kritisierte, dass Proteste kriminalisiert würden.

Thüringer CDU bleibt hart

Auch der Thüringer Innenexperte [Wolfgang Fiedler](#) hatte am Freitag den offenen Brief des Jenaer Oberbürgermeisters [Albrecht Schröter](#) (SPD) an den sächsischen Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich (CDU) kritisiert, in dem dieser zu einer Diskussionsveranstaltung nach Jena eingeladen wurde.

In einem Rechtsstaat gehe "es nicht um politische Signale, sondern um Recht oder Unrecht", sagte Fiedler. Es sei zu begrüßen, wenn "Bürger sich zu Tausenden dem Rechtsextremismus entgegenstellen". Genauso entscheidend sei jedoch, wie sie dies tun. Zugleich hoffe er, dass sich der Verdacht gegen König nicht erhärte.

Christian Wolf / 19.08.11 / dapd

(<http://www.tlz.de/startseite/detail/-/specific/Generalstaatsanwalt-rechtfertigt-Durchsuchung-bei-Pfarrer-in-Jena-1250120173>)

Demokraten reden

Zur Antwort aus Sachsen auf das schriftliche Dialogangebot des Jenaer Oberbürgermeisters Schröter an Ministerpräsident Tillich schreibt Gerlinde Sommer, stellvertretende Chefredakteurin der TLZ:

Warum reicht Stanislaw Tillich eine Einladung eines respektablen Oberbürgermeisters an den Generalstaatsanwalt weiter? Werden alle freundlich-besorgten Briefe, die den sächsischen Ministerpräsidenten erreichen, als Angriffe behandelt? Wird die Jenaer Einladung jetzt abgelegt in jener Akte, in der wohl auch die Handy-Verbindungsdaten all der friedlichen Menschen verzeichnet sind, die sich im Februar 2011 in einer jener Handyortungswaben aufgehoben haben sollen, in der sich auch mögliche kriminelle Personen tummelten?

Fragen über Fragen. Antworten gibt es keine. Oder doch? Der Generalstaatsanwalt soll nun [Albrecht Schröter](#) schreiben. Briefe aus Sachsen aber sind mit Vorsicht zu genießen. Das hat [Katharina König](#) in diesen Tagen erfahren dürfen: Erst hieß es in einem amtlichen Schreiben der dortigen Justiz, gegen sie werde ein Vorermittlungsverfahren geführt. Dann hieß es: Das sei nur ein Verständnisfehler gewesen - und gar nicht wahr. Soso. Und bei Lothar König, dem Jenaer Jugendpfarrer, wurde erst vom Verdacht der Bildung einer kriminellen Vereinigung schwadroniert. Das haben alle gehört. Ziemlich leise kam nach der Razzia die Erkenntnis daher, dass an diesem Vorwurf nichts dran sei. Hat die Durchsuchung den Vorwurf voll entkräftet?

Ein sächsischer Ministerpräsident, der nicht redet. Eine Thüringer Landtagsfraktion, die auf das C stolz ist und sich zugleich nicht geniert, Schröter und andere engagierte Bürger schlecht zu reden wegen der Tillich-Einladung. Und dann noch ein mieses anonymes Flugblatt in Jena, das zum Kirchenaustritt aufruft. Wer weiß, wer das geschrieben hat. Richtige Christen können es nicht gewesen sein. Eher Nazis.

Gerlinde Sommer / 19.08.11 / TLZ

(<http://www.tlz.de/web/zgt/suche/detail/-/specific/Demokraten-reden-2046393596>)

Generalstaatsanwalt rechtfertigt Durchsuchung bei Pfarrer in Jena

Behörden waren über die Razzia informiert

Dresden/Jena (dapd-lsc). Dresdens Generalstaatsanwalt Klaus Fleischmann weist den Vorwurf zurück, die sächsischen Behörden seien mit der umstrittenen Durchsuchung beim Jenaer Jugendpfarrer falsch vorgegangen. Polizei und Staatsanwaltschaft in Thüringen seien über die Maßnahmen "rechtzeitig entsprechend den üblichen Vorgehensweisen" informiert worden, schrieb Fleischmann am Freitag in einem Brief an den Jenaer Oberbürgermeister Albrecht Schröter (SPD). Klagen über Informationsdefizite bei den thüringischen Behörden seien "nicht gerechtfertigt".

Das Schreiben ist eine Reaktion auf einen offenen Brief von Schröter, den er an Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) geschickt hatte. Grund war die Durchsuchung sächsischer Ermittler bei Jugendpfarrer Lothar König in der vergangenen Woche. Gegen ihn wird im Zusammenhang mit der Blockade eines Neonazi-Aufmarsches am 19. Februar in Dresden wegen Landfriedensbruchs ermittelt.

Mit Verweis auf das laufende Verfahren äußerte sich Fleischmann zu dem Fall nicht näher. Unterstellungen, den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen lägen unsachliche Motive oder Einflussnahmen zugrunde, wies er allerdings entschieden zurück. Bei Anhaltspunkten für eine Straftat müsse diesen nachgegangen werden.

Auch die Ermittlungen gegen andere Blockierer rechtfertigte Fleischmann. Zwar sei auch er der

Meinung, dass der Extremismus bekämpft und die Anhänger bestraft werden müssten, wenn sie die Grenzen von Recht und Gesetz überschritten. "Diese Grenzen haben aber auch die Gegner von Extremisten zu respektieren", schrieb Fleischmann. Die Staatsanwaltschaft handle immer anhand von objektiven Kriterien und nicht entlang politischer Ausrichtungen.

Auch Demonstrationen von Extremisten müssten akzeptiert und notfalls durch die Polizei geschützt werden. "Gegendemonstranten müssen dies hinnehmen und ihrerseits Recht und Gesetz beachten", schrieb der Generalstaatsanwalt.

In Dresden hatten im Februar Tausende Menschen einen geplanten Neonazi-Aufmarsch blockiert. Überschattet wurde der friedliche Protest von schweren Krawallen. Am Rande der Demonstration erfasste die Polizei mehr als eine Million Handydaten, was bundesweit einen scharfen Protest auslöste. Die sächsische Opposition kritisierte, dass Proteste kriminalisiert würden.

dapd

erschienen am 19.08.2011

<http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Generalstaatsanwalt-rechtfertigt-Durchsuchung-bei-Pfarrer-in-Jena-artikel7734644.php>

§129 Verfahren gegen Lothar König bröckelt – dennoch kein Grund zur Freude

August 19th, 2011

Die Dresdner Staatsanwaltschaft lässt über die Presse verlautbaren, dass sie möglicherweise das Verfahren gegen Lothar König nach §129 StGB (Bildung einer kriminellen Vereinigung) einstellen wird, da sich der Verdacht bislang nicht erhärten liess. Freude, Freude über alles? Nicht ganz – zumindest nicht bei der JG-Soligruppe.

Dies hat mehrere Gründe:

1. Solange keine offizielle Einstellung des Verfahrens nach §129 gegen Lothar bei ihm bzw. seinem Anwalt eingegangen ist, bleiben es Äußerungen der Dresdner Staatsanwaltschaft, die sich auch in den letzten Tagen und Wochen häufiger äußerte und des öfteren widersprüchlich bzw. konträr (verwiesen sei nur auf das "Vorermittlungsverfahren" gegen Katharina)
2. Lothar ist nicht der Einzige, gegen den nach §129 ermittelt wird. Mindestens 21 weitere Personen sind bekannt. Diese wohnen, wie die ["jungle world" meldete](#) "(...) zum Großteil in Dresden, sind zwischen 20 und 30 Jahre alt und bis auf eine Ausnahme männlich. Die Personen passen also besser als der Pfarrer ins Bild, das sich die Öffentlichkeit von gewalttätigen Antifa-Aktivisten macht." Hier schließt ein weiterer unserer Kritikpunkte an. Denn es ist zumindest nicht ausgeschlossen, dass die "öffentlichkeitswirksame" Person, gegen welche nach §129 ermittelt wird, ganz bewusst aus dem Verfahren gezogen werden soll, um eben weitere – insbesondere öffentliche – Kritik am Paragraphen 129 und dem Verfahren auszuschließen.
3. Es ist ebenso nicht auszuschließen, dass über das Verfahren nach §129 die damit verbundenen Möglichkeiten (Telefonüberwachung, sonstige Abhör- oder Überwachungsmaßnahmen etc.) stattgefunden haben oder gar noch stattfinden (Leseempfehlung dazu: [annalist](#)). Hinzu kommt zumindest für uns die Frage, inwieweit die Ermittlungen nach §129 und die damit verbundenen Möglichkeiten genutzt wurden /werden, um eine Grundlage für die Eröffnung des Verfahrens nach §125 StGB zu bekommen, auf dessen Grundlage die Hausdurchsuchung und Beschlagnahmung stattfand.
4. Die generell stattfindende Kriminalisierung antifaschistischer Proteste (sei es in Form der Handydatenerfassung u.a. am 19. Februar in Dresden oder durch die öffentlichen Versuche der Delegitimierung diverser Protestformen, wie bspw. Blockaden) sind nicht dadurch beendet, dass nun die Staatsanwaltschaft Dresden der Presse mitteilt, dass das Verfahren nach §129 gegen Lothar möglicherweise fallengelassen wird.
5. Wir rufen dazu auf, Solidarität nicht vom öffentlichen Status einer Person abhängig zu machen!

Denn es gilt weiterhin: Betroffen sind wenige, gemeint sind wir alle!

(<http://jg-stadtmitte.de/2011/08/19/%C2%A7129-verfahren-gegen-lothar-konig-brockelt-dennoch-kein-grund-zur-freude/>)

Antwort der Generalstaatsanwaltschaft Sachsen auf den Offenen Brief des Jenaer Oberbürgermeisters

August 19th, 2011

Offener Brief vom 16. August 2011 an den Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen, Herrn Tillich

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

von der sächsischen Staatsregierung wurde ich gebeten, Ihren Brief vom 16. August 2011 zu beantworten. Dies folgt dem verfassungsrechtlichen Gebot der Gewaltenteilung und ich komme dem selbstverständlich nach, da Ihre Kritik den justiziellen Bereich betrifft.

Da Sie den Weg eines Offenen Briefes gewählt haben, erlaube ich mir Ihnen in derselben Weise zu antworten.

In Ihrem Schreiben werfen Sie die Frage auf, welche Intention die Staatsanwaltschaft Dresden mit der Durchsuchung am 10. August 2011 in Jena verfolgt hat. Die darin anklingende Unterstellung, dem pflichtgemäßen Ermittlungsmaßnahmen der Staatsanwaltschaft lägen unsachliche Motive oder Einflussmassnahmen zugrunde, weise ich entschieden zurück. Gesetzliche Aufgabe gemäß §152 Abs. 2 StPO und einzige Intention der Staatsanwaltschaft Dresden war und ist es bei Vorliegen zureichender tatsächlicher Anhaltspunkte für eine Straftat die gebotenen Ermittlungen durchzuführen und jedem Verdacht ungeachtet der Person nachzugehen.

Ihnen sind die Vorfälle am 19. Februar 2011 in Dresden bekannt. Dass diese Anhaltspunkte für Straftaten darstellen, kann sicherlich nicht in Zweifel gezogen werden. Da es sich bei der von Ihnen konkret angesprochenen Hausdurchsuchung um eine Maßnahmen in einem laufenden Verfahren handelt, kann ich auf dessen Umstände nicht genauer eingehen. Ich weise freilich darauf hin, dass für diese Maßnahme ein Beschluss des zuständigen Ermittlungsrichters des Amtsgerichts Dresden vom 8. August 2011 vorliegt, in dem die Durchsuchung angeordnet worden ist.

In Ihrem Schreiben heben Sie das notwendige Engagement gegen Rechtsextremismus hervor. Ich pflichte Ihnen bei, nach meiner Ansicht ist jede Form von Extremismus mit demokratischen Mitteln zu bekämpfen. Zu den demokratischen Mitteln gehört auch das Vorgehen der Polizei- und Justizbehörden gegen jedweden Extremismus, wenn dessen Vertreter die Grenzen von Recht und Gesetz überschreiten. Diese Grenzen haben aber auch die Gegner von Extremisten zu respektieren. Die Staatsanwaltschaften haben unter Zugrundelegung objektiver Kriterien ohne Ansehung der Person und ihrer etwaigen politischen Ausrichtung vorzugehen. Dies gilt insbesondere dann, wenn öffentliche Meinungskundgaben von Extremisten grundgesetzlich geschützt sind. Am 19. Februar 2011 waren die angemeldeten Demonstrationen aus dem rechten politischen Spektrum letztlich sogar vom Sächsischen Obergerverwaltungsgericht für zulässig erachtet worden und konnten nicht verboten werden. Damit genossen die Teilnehmer den Schutz des Artikels 8 Grundgesetz. Der Rechtsstaat muss auch die Ausübung des Versammlungsrechts durch Extremisten hinnehmen und diese letztlich notfalls durch die Polizei schützen. Gegendemonstranten müssen dies hinnehmen und ihrerseits Recht und Gesetz beachten.

Unter umgekehrten Vorzeichen der politischen Konstellation wird der Schutz vor Störungen einer Demonstration zu Recht gleichermaßen eingefordert und selbstverständlich auch gewährt werden. Gerade durch die gebotene Neutralität und Unvoreingenommenheit der Strafverfolgungsbehörden wird das Vertrauen der Bevölkerung in die Rechtsordnung und letztlich in die Demokratie gestärkt.

Soweit Sie Informationsdefizite bei den thüringischen Behörden über die Durchsuchung in Jena befürchten, sind diese nicht gerechtfertigt. Entgegen anders lautender Meldungen wurden die thüringischen Behörden über die beabsichtigte Ermittlungsmaßnahme rechtzeitig entsprechend der

üblichen Vorgehensweise informiert und zwar sowohl auf polizeilicher als auch auf staatsanwaltschaftlicher Ebene.

Ihre Sorge, dass nach den in Dresden erfolgten Funkzellenabfragen Sie sich nun bei jedem Handygespräch überlegen müssen, was Sie sagen möchten und was nicht, verstehe ich dahingehend, dass Sie fürchten Telefonate seien dabei inhaltlich abgehört worden. Gerade dies ist nicht der Fall. Vielmehr ist es so, dass bei der Funkzellenabfrage nur festgestellt wird, ob innerhalb einer Funkzelle ein Handy betrieben wird, keinesfalls werden Gesprächsinhalt u.a. mitgehört oder mitgelesen (SMS). Nicht zutreffend ist auch, dass die Funkzellenabfrage im Zuge friedlicher Protestaktionen gegen Neonazis erfolgte. Die Funkzellenabfrage erfolgte im Gegenteil nur für Bereiche, in denen es zu Auseinandersetzungen im Ausmaß eines Landfriedensbruchs kam und auch nur für die Zeiträume, in denen diese Delikte andauerten.

Abschließend weise ich darauf hin, dass das Zitat des Pressesprechers der Staatsanwaltschaft Dresden aus dem Artikel der taz vom 11. August 2011 stark verkürzt und damit sinnenstelt wiedergegeben wird. Herr Staatsanwalt Hille hat sich gegenüber der taz wie folgt geäußert: „Das, was sich im Moment einige Politiker und interessierte Medien an Vorwürfen gegen die Staatsanwaltschaft Dresden erlauben, kannte ich bisher nur aus der rechtsextremen Ecke oder von Querulanten.“ Herr Staatsanwalt Hille hat sich damit gegen die Art und Weise gewandt, mit der in einer bislang nicht bekannten Intensität versucht wird, Einfluss auf das Ermittlungsverfahren zu nehmen und gegen die Strafverfolgungsbehörden Stimmung zu machen. Die Staatsanwaltschaften im Freistaat Sachsen werden sich hiervon nicht beeindrucken lassen und weiterhin entschlossen Straftaten rechter wie auch linker Gewalttäter verfolgen.

Mit freundlichen Grüßen,

Fleischmann

Generalstaatsanwalt Sachsen

(Fehler im Original)

[\(http://jg-stadtmitte.de/2011/08/19/antwort-der-generalstaatsanwaltschaft-sachsen-auf-den-offenen-brief-des-jenaer-oberburgermeisters/\)](http://jg-stadtmitte.de/2011/08/19/antwort-der-generalstaatsanwaltschaft-sachsen-auf-den-offenen-brief-des-jenaer-oberburgermeisters/)

Razzia in Jena: OB beschwert sich bei Tillich

Jena (dpa/ND). In einem offenen Brief an Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) hat Jena's Oberbürgermeister Albrecht Schröter (SPD) das Vorgehen sächsischer Behörden im Fall des Pfarrers Lothar König kritisiert. Es habe zusammen mit der vorherigen Speicherung von Handydaten zu einem Vertrauensverlust in die Demokratie geführt, heißt es in dem Schreiben. Schröter sprach vom »möglichen Effekt der Einschüchterung« von Menschen, die gegen Neonazis demonstrierten. Sächsische Beamte hatten am Mittwoch vergangener Woche die Wohnung Königs durchsucht. Sie werfen ihm vor, bei der Kundgebung in Dresden zur Gewalt aufgerufen zu haben.

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/204791.razzia-in-jena-ob-beschwert-sich-bei-tillich.html>

Anti-Neonazi-Demo Eine Gratwanderung

Die Dresdner Februarkrawalle und kein Ende: Was hatten sächsische Polizisten in den Räumen eines Jenaer Jugendpfarrers zu suchen?

Von: [Stefan Schirmer](#) **Datum:** 19.8.2011 - 15:39 Uhr

Der Bericht, in dem Lothar König prominent zu Wort kam, hatte es in sich: Wie kein anderes Bundesland habe Sachsen serienweise Rechtsstaats-Prinzipien verletzt, stand am 1. August im *Spiegel*. Als Paradebeispiel diente der Fall des Jugendpfarrers König aus Jena, der am 19. Februar in

Dresden [gegen Neonazi-Aufmärsche demonstriert](#) hatte. Und gegen den nun Sachsens Justiz wegen des Verdachts ermittelte, der Pfarrer gehöre einer »kriminellen Vereinigung«, einem linken Schlägertrupp an. König wies die Vorwürfe als »absurd« zurück, sprach von »SED-Methoden«: Sein Glaube an den Rechtsstaat sei erschüttert.

Neun Tage später, am Mittwoch vergangener Woche, bekam der Geistliche Besuch aus Sachsen – in Abwesenheit. Von 7.18 Uhr an [durchsuchten Polizisten die Dienstwohnung Königs](#), der gerade in Italien zum Wanderurlaub weilt. Von der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung war im Durchsuchungsbeschluss nun keine Rede mehr; dafür vom Vorwurf des »schweren aufwieglerischen Landfriedensbruchs« an jenem Tag, als in Dresden mehr als hundert Polizisten durch Links- und Rechtsextremisten verletzt wurden. Ein Pfarrer also, der zu Gewalt gegen Polizisten aufstachelt?

Fest steht: Der 57-Jährige war am 19. Februar im Kleinbus seiner Jungen Gemeinde samt Lautsprecheranlage am Rande der Randalie in Dresden unterwegs. Seit vielen Jahren begleitet er mit seinem »Lauti« linke Jugendliche auf Demos, sei es in Jena, Gorleben oder Heiligendamm. »Wir haben deeskalierend gewirkt«, beteuert König, »die Polizei ist für mich kein Feindbild.« Aus Ermittlerkreisen heißt es indes, die Sichtung von Polizeivideos habe den gegenteiligen Eindruck ergeben: An mindestens zehn Stellen sei Königs Kleinbus im Zusammenhang mit möglichen Straftaten aufgefallen. So sei etwa über den »Lauti« der Ruf ertönt: »Deckt die Bullen mit Steinen ein!« – Dies sei nicht sein Sprachgebrauch, entgegnet König. Auch der Vorwurf, er habe mit Absicht Gewalttäter vor dem Zugriff der Polizei versteckt, sei falsch. Vielmehr hätten sich Demonstranten im Durcheinander an die offene Tür seines Busses gehängt. Und anders als von den Ermittlern angenommen, habe er auch nicht versucht, ein Polizeifahrzeug abzudrängen.

Jedoch ist König eine umstrittene Erscheinung in Jena. Denn er polarisiert mit seiner Idee von Jugendhilfe: Er leiste wahre Randgruppenarbeit, sagen Wegbegleiter – dazu gehört, dass er sich selbst mit radikalen Jugendlichen einlässt, ihr Vertrauen zu gewinnen versucht und dann mancher Beobachter nicht mehr unterscheiden kann: Gehört König jetzt dazu? Oder verhindert seine Anwesenheit gerade Schlimmeres?

Selbst die mitteldeutsche Landesbischöfin Ilse Junkermann, die den Jugendpfarrer sofort nach Bekanntwerden der Vorwürfe entschlossen in Schutz nahm, sagt: »Seine Arbeit ist eine Gratwanderung. Und das ist von uns als Kirche auch so gewollt.« Sie verurteilt die Hausdurchsuchung, denn ohne viel Feingefühl sei die Verletzung des Seelsorgeheimnisses in Kauf genommen worden. Sachsens Linke sprach vom »Amoklauf der Dresdner Polizei«, Anti-Nazi-Aktivistinnen würden eingeschüchert.

So wird die Aufarbeitung der [Februarkrawalle](#) immer mehr zum Politikum, bei dem der Verfolgungseifer der Dresdner Staatsanwaltschaft drängende Fragen aufwirft: Was soll die Durchsuchung bei König, der bereits von Ermittlungen gegen sich wusste, fast ein halbes Jahr nach den Ereignissen noch bringen? Die Linksfraktion im Landtag forderte schon, dem dortigen Rechtsausschuss die einschlägigen Polizeivideos vorzuführen. Aber haben denn neuerdings Parlamentsausschüsse über die Rechtmäßigkeit von laufenden Verfahren der Staatsanwaltschaft zu entscheiden? Wohl kaum.

Ob er Beschwerde gegen die Durchsuchung einlegen wird, will Lothar König erst nach dem Urlaub klären. Höhepunkt für ihn ist zuvor in Verona die Oper Nabucco, mit Gefangenenchor.

Quelle: [DIE ZEIT, 18.8.2011 Nr. 34](#)

(<http://www.zeit.de/2011/34/S-Jena-Priester/komplettansicht>)

Durchsuchung bei Pfarrer König

Jenaer OB will Antworten von Tillich

Der Jenaer Oberbürgermeister Albrecht Schröter hat in einem offenen Brief an den sächsischen Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich das Vorgehen sächsischer Behörden im Fall des Pfarrers Lothar König kritisiert.

Schröter, der selbst Pfarrer ist, sprach von einem "politischen Schaden" im "mitteldeutschen Binnenverhältnis". Die Aktion der sächsischen Ermittler in seiner Stadt habe "nicht nur Aufsehen erregt, sondern auch für nachhaltigen Unmut gesorgt." Schröter sprach vom "möglichen Effekt der Einschüchterung" von Menschen, die gegen Rechtsextremismus demonstrierten. Er fragte den Ministerpräsidenten, ob mit der Durchsuchungsaktion der "Widerstand gegen die Neonazis am 19. Februar 2012" bereits im Vorfeld erschwert werden solle.

Einladung nach Jena

Mit Blick auf die vorherige massenhafte Speicherung von Handydaten durch die sächsische Staatsanwaltschaft sprach der SPD-Politiker von einem Vertrauensverlust in die Demokratie. Das Vertrauen sei "ernsthaft erschüttert" worden. "Ich frage mich seitdem bei jedem Gespräch, das ich mit Handy führe, was ich sagen möchte und was nicht. Diese Schere im Kopf hatte ich zum letzten Mal in der Zeit der DDR-Diktatur..." Der Oberbürgermeister, der sich seit Jahren gegen Rechtsextremismus engagiert und sich auch regelmäßig an Demonstrationen gegen Rechtsextremisten in Dresden beteiligt, verlangt nun von der sächsischen Landesregierung Aufklärung. Dazu lud er Tillich zu einer Podiumsdiskussion nach Jena ein.

"Mein Wunsch ist es, in der Bevölkerung bestehende Verunsicherungen im Hinblick auf den Umgang mit zivilgesellschaftlichem Engagements gegen die Feinde der Demokratie abzubauen und insbesondere Klarheit über die diesbezüglichen Intentionen der sächsischen Landesregierung zu erhalten."

Albrecht Schröter, Oberbürgermeister Jena

Sächsische Beamte hatten am Mittwoch vergangener Woche die Wohnung Königs durchsucht. Sie werfen ihm vor, bei der von Krawallen begleiteten Kundgebung gegen Neonnazis in Dresden zu Angriffen auf Polizisten aufgerufen zu haben.

Zuletzt aktualisiert: 19. August 2011, 10:30 Uhr

(<http://www.mdr.de/thueringen/ost-thueringen/schroeter104.html>)

Briefwechsel zwischen Sachsen und Thüringen Generalstaatsanwalt verteidigt Razzia bei Jenaer Pfarrer

Sachsens Generalstaatsanwalt Klaus Fleischmann hat die Kritik an der Razzia beim Jenaer Pfarrer Lothar Klaus zurückgewiesen. In einem Offenen Brief an Jenas Oberbürgermeister Albrecht Schröter heißt es, der Rechtsstaat müsse auch die Ausübung des Versammlungsrechts durch Extremisten hinnehmen. Wenn dabei Straftaten begangen würden, wie am 19. Februar in Dresden, müsste die Staatsanwaltschaft ermitteln. Und das ungeachtet der betreffenden Person. Weitere

Einzelheiten zum Fall König nannte er aus ermittlungstaktischen Gründen nicht.

Auch CDU-Landtagsfraktion verlangt Aufklärung

Fleischmann reagierte mit seinem Schreiben auf den Offenen Brief des Jenaer Oberbürgermeisters Albrecht Schröter an die sächsische Landesregierung. Der SPD-Politiker hatte dabei das Vorgehen der sächsischen Behörden kritisiert. Die Erfassung und Auswertung der Handy-Daten im Rahmen der Demonstrationen gegen Rechtsextreme im Februar dieses Jahres in Dresden könnten Menschen einschüchtern, sagte Schröter. Er sprach von einem Vertrauensverlust in die Demokratie.

Auch wenn Fleischmann den Brief im Auftrag der sächsischen CDU-Regierung verfasste, gibt es innerhalb der Partei nicht nur Zustimmung zu der Aktion. Der CDU-Landtagsabgeordnete Marko Schiemann sieht Aufklärungsbedarf in dem Fall. Er sagte am Freitag, es sei eine klare Darstellung von FDP-Justizminister Jürgen Martens zu den Abläufen notwendig. Das erwarte er von der Sondersitzung des Landtagsausschusses für Verfassung und Recht am Dienstag kommender Woche. "Das Durcheinander muss endlich aufhören", erklärte Schiemann mit Blick auf unterschiedliche Angaben zu dem Vorfall. Inhaltlich wollte er die Aktion der sächsischen Polizei in Thüringen nicht bewerten. "Dazu weiß ich zu wenig darüber." Er Sorge sich jedoch angesichts der Debatten um das gute Verhältnis zum Nachbarland.

Unmut in Kirchenkreisen

Gegen Pfarrer König wird wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung und "aufwieglerischen Landfriedensbruchs" ermittelt. Er soll bei Demonstrationen gegen Neonazis am 19. Februar in Dresden zu Gewalt angestachelt haben. Damals waren auch mehr als 100 Polizisten verletzt worden. König weist die Anschuldigungen zurück. Bei der Razzia in seiner Dienstwohnung waren am 10. August neben einem Kleinbus auch der Computer und Schriftstücke des Geistlichen beschlagnahmt worden. Dies hatte in Kirchenkreisen Unmut ausgelöst.

Zuletzt aktualisiert: 19. August 2011, 19:27 Uhr

(<http://www.mdr.de/sachsen/offenerbrief100.html>)

Nach der Razzia gegen den Jenaer Jugendpfarrer Lothar König: Offener Brief von Oberbürgermeister Albrecht Schröter

Jenas Oberbürgermeister Albrecht Schröter (SPD) engagiert sich seit Jahren nicht nur in seiner Stadt gegen Rechts. ND dokumentiert seinen Brief an den sächsischen Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich (CDU).

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

als Oberbürgermeister der Stadt Jena wende ich mich an Sie, um die Fragen vieler Bürger meiner Stadt an die sächsische Landesregierung zu artikulieren. Wie Sie sicher wissen, hat die Staatsanwaltschaft in Dresden einen richterlichen Durchsuchungsbefehl gegen den Jenaer Stadtjugendpfarrer Lothar König erwirkt und am 10. August etwa 20 Polizeibeamte in unsere Stadt geschickt, um die Hausdurchsuchung durchzuführen. Diese Aktion hat nicht nur Aufsehen erregt, sondern auch für nachhaltigen Unmut gesorgt.

Um nicht missverstanden zu werden: Niemand bestreitet das Recht des Staates und die Notwendigkeit, mögliche Straftaten aufzuklären, zu untersuchen und zu verfolgen. Insofern geht es mir in diesem Brief nicht in erster Linie um Pfarrer König. Es geht um das Signal, das viele engagierte Bürger in der Vorgehensweise der sächsischen Staatsanwaltschaft zu erkennen glauben, und um die Frage, welche Position die sächsische Landesregierung in dieser Frage bezieht. Die Freiheit der Justiz ist nicht nur unumstritten (und wer wüsste dies besser zu schätzen als wir, die wir in der ehemaligen DDR eine staatlich gelenkte Justiz erlebt haben), sie ist ein hohes Gut – das steht außer Frage. Aber welche Intention eine Staatsanwaltschaft im Grundsatz mit der Art ihres Herangehens verfolgt, dürfte nicht unabhängig von den Intentionen des Justizministers sein. Insofern drängt sich die Frage auf, welche grundsätzliche Position die Landesregierung in den nachfolgend formulierten Fragen einnimmt.

Engagement gegen Rechts

Im Engagement gegen den Rechtsextremismus, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, wissen sich sehr viele Menschen mit Ihnen einig. Sie haben beispielsweise anlässlich der Unterzeichnung des Riesaer Aufrufs gegen Rechtsextremismus am 2. Juli 2010 das Engagement der Initiatoren gewürdigt und gesagt: »Wir können das Problem nicht ignorieren, wir müssen uns damit auseinandersetzen.«

Genau das tun sehr viele Menschen in meiner Stadt. Sie beteiligen sich an Gegendemonstrationen und zeigen auf vielfältige, friedliche und kreative Weise, dass wir dem Geist, der Deutschland und die Welt ins Unglück gestürzt hat, keinen Raum geben wollen. Ich selbst gehe mit diesen Bürgern gemeinsam in der ersten Reihe. Dass am 19. Februar 2010 und 2011 die Neonazis in Dresden nicht marschieren konnten, haben auch wir mit ermöglicht. [...]

Dann erfahren wir, dass in diesem Zusammenhang über eine Million Handydaten gespeichert wurden. Ich frage mich seitdem bei jedem Gespräch, das ich mit Handy führe, was ich sagen möchte und was nicht. Diese Schere im Kopf hatte ich zum letzten Mal in der Zeit der DDR-Diktatur... Ich habe mich u.a. deshalb sehr aktiv für die friedliche Revolution engagiert, damit ich

so etwas in Deutschland nie wieder erleben muss! Die Aktion der sächsischen Staatsanwaltschaft hat unser Vertrauen in unsere Demokratie ernsthaft erschüttert. Jetzt kommen sächsische Polizisten nach Thüringen, ohne Amtshilfe zu suchen [...]. Weder das Thüringer Innen- noch das Justizministerium werden in Kenntnis gesetzt. Und so etwas geschieht zwischen zwei Bundesländern, deren Ministerpräsidenten gemeinsam mit dem sächsisch-anhaltinischen Kollegen 2002 die »Initiative Mitteldeutschland« auf den Weg gebracht haben. Es muss doch dem sächsischen Justizministerium klar gewesen sein, wie brisant eine solche spektakuläre Polizeiaktion wie die aus der letzten Woche sein würde – einmal wegen der noch nicht lange zurückliegenden Datenspeicheraffäre, zum anderen aber auch wegen des politischen Schadens im mitteldeutschen Binnenverhältnis.

... oder lieber doch nicht?

Als nicht hinnehmbar betrachte ich auch die öffentliche Bemerkung des Sprechers der Dresdner Staatsanwaltschaft, Jan Hille, der kritische Nachfragen aus dem Raum der Politik mit dem Agieren von Rechtsextremisten und Querulanten vergleicht. Was jedoch noch schwerer wiegt, ist der erhebliche Vertrauensverlust vieler zivilcouragierter Bürgerinnen und Bürger in den Umgang der sächsischen Staatsanwaltschaft und [...] mit Menschen, die sich dem Rechtsextremismus mutig und friedlich in den Weg stellen. Viele fragen sich: Ist es politische Absicht, oder nehmen die sächsischen Behörden billigend in Kauf, dass durch Datenspeicherung und Hausdurchsuchungen ein möglicher Effekt der Einschüchterung entsteht. Sie fragen: Will man damit den Widerstand gegen die Neonazis am 19. Februar 2012 bereits im Vorfeld erschweren? Diesen Frage bewegen viele Bürgerinnen und Bürger meiner Stadt, besonders diejenigen, die sich in Dresden engagiert haben und weiter engagieren wollen. Ich bin beauftragt, Sie um eine Antwort zu bitten.

Deshalb möchte ich Sie herzlich nach Jena einladen, um in einer Podiumsdiskussion [...] die aufgeworfenen Fragen zu diskutieren. Mein Wunsch ist es, in der Bevölkerung bestehende Verunsicherungen im Hinblick auf den Umgang mit zivilgesellschaftlichem Engagements gegen die Feinde der Demokratie abzubauen und insbesondere Klarheit über die diesbezüglichen Intentionen der sächsischen Landesregierung erhalten. Es wäre ein wichtiger Schritt, wenn Sie meine Einladung zeitnah annehmen würden.

Mit herzlichen Grüßen

Dr. Albrecht Schröter

(Zwischentitel von der Redaktion)

(<http://www.neues-deutschland.de/artikel/204896.politischer-schaden-fuer-mitteldeutschland.html>)

20.08.2011 / Inland / Seite 2

Weiter Streit um Sachsens Ermittler

Regierungschef Tillich (CDU) lehnt Einladung nach Jena ab

Von Jörg Meyer

Die Dresdner Behörden sprühen vor Ermittlungseifer und dehnen permanent die rechtsstaatlichen Grenzen. »Drüber reden« wollen sie aber nicht.

Albrecht Schröter ist abgeblitzt. Den offenen Brief des Jenaer Oberbürgermeisters und Sozialdemokraten an Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) beantwortete Generalstaatsanwalt Klaus Fleischmann. Regierungssprecher Johann-Adolf Cohausz sagte der dpa, eine Teilnahme Tillichs an der von Schröter vorgeschlagenen Podiumsdiskussion könne er sich nicht vorstellen.

Anlass des Briefes war die Hausdurchsuchung beim Jenaer Jugendpfarrer Lothar König vorige Woche. Dem werfen die Ermittler »aufwieglerischen Landfriedensbruch« vor. Im Rahmen der Proteste gegen den Naziaufmarsch in Dresden im Februar hatte König eine Versammlung angemeldet. Die Polizei will gehört haben, wie er aus seinem Lautsprecherwagen aufgefordert habe: »Deckt die Bullen mit Steinen ein.« Das sei nicht seine Diktion, sagt König. Zudem wird gegen ihn wegen Paragraf 129 Strafgesetzbuch ermittelt – »Bildung einer kriminellen Vereinigung«. Diese Vereinigung soll in Sachsen verschiedentlich Nazis verprügelt haben. Schenkt man jedoch der Dresdner Staatsanwaltschaft Glauben, könnte dieses Verfahren bald eingestellt werden.

In seiner Antwort im Auftrag der Landesregierung wies Fleischmann die Kritik Schröters zurück. Die Durchsuchung bei König habe ein Gericht abgesegnet, überdies könne er sich zu dem laufenden Verfahren nicht weiter äußern. Auch die Kritik an den Polizeiaktionen am und um den 19. Februar in Dresden sei nicht gerechtfertigt.

Das Nachspiel der Razzia bei König dauert an. Anfangs war nicht klar, ob die sächsischen Behörden überhaupt in Thüringen Bescheid gesagt hatten, dass sie grenzüberschreitend aktiv werden. Sachsens Justizminister Jürgen Martens (FDP) erklärte diese Woche, dass es im Vorfeld Kontakte zwischen den beiden Staatsschutzabteilungen gegeben habe.

Der Kontakt zweier nachgeordneter Behörden entspreche nicht den rechtlichen Grundsätzen, kritisierte Sachsens Linksfraktionsvize Klaus Bartl und forderte Martens auf, an den Sondersitzungen des Rechtsausschusses des Landtags teilzunehmen. Dort wird auch über die Datensammelwut der sächsischen Polizei gesprochen. Die hatte in Zusammenhang mit den Anti-Nazi-Protesten in Dresden per Funkzellenabfrage Handydaten von über 40 000 Menschen erfasst.

Der CDU-Rechtsexperte und sächsische Fraktionsvize Marko Schiemann forderte am Freitag Aufklärung der Umstände der Hausdurchsuchung bei König und eine klare Darstellung von Justizminister Martens.

(Lothar König engagierte sich in der DDR für die Demokratie, organisierte als Pfarrer der Jungen Gemeinde Merseburg die dortigen Montagsdemos mit. 1997 wurde der heute 56-Jährige vor dem Haus seiner gegen Rechts engagierten Jungen Gemeinde Jena von Nazis schwer verletzt. Bei den Protesten gegen den Naziaufmarsch in Dresden am 19. Februar 2011 meldete er eine Kundgebung an. Am 10. August durchsuchten sächsische Beamte seine Diensträume. Vorwurf:

»Aufwieglerischer Landfriedensbruch« und »versuchte Nötigung«.)

(<http://www.neues-deutschland.de/artikel/204895.weiter-streit-um-sachsens-ermittler.html>)

Autor: Jenapolis 20. August - 10:25

Generalstaatsanwaltschaft Dresden: Razzia bei Pfarrer König war notwendig

Dresden/Jena. Auf den Offenen Brief von Jenas Oberbürgermeister Dr. Albrecht Schröter (SPD) an Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) hat der Dresdner Generalstaatsanwalt Klaus Fleischmann geantwortet. "Dies folgt dem verfassungsrechtlichen Gebot der Gewaltenteilung", so Fleischmann.

Das ebenfalls als Offener Brief formulierte Schreiben weist jegliche Vorwürfe Schröters zurück, dass Thüringer Behörden – Polizei wie Staatsanwaltschaft – nicht informiert worden seien. Auch beruhigte der Generalstaatsanwalt den an der Demonstration am 19. Februar in Dresden anwesenden Oberbürgermeister, dass Handygespräche und SMS nicht aufgezeichnet wurden. "Ihre Sorge, dass nach den in Dresden erfolgten Funkzellenabfragen Sie sich nun bei jedem Handygespräch überlegen müssen[,] was Sie sagen möchten und was nicht, verstehe ich dahingehend, dass Sie fürchten[,] Telefonate seien dabei inhaltlich abgehört worden. Vielmehr ist es

so, dass bei der Funkzellenabfrage nur festgestellt wird, ob innerhalb eine[r] Funkzelle ein Handy betrieben wird, keinesfalls werden Gesprächsinhalt u.a. mitgehört oder mitgelesen (SMS).“ Weiterhin weist der Generalstaatsanwalt auf eine Verkürzung des Zitats der Dresdner Staatsanwaltschaft hin. Der Sprecher hatte gesagt: “Das was sich im Moment einige Politiker und interessierte Medien an Vorwürfen gegen die Staatsanwaltschaft Dresden erlauben, kannte ich bisher nur aus der rechtsextremen Ecke oder von Querulanten.” Damit wolle sich die Saatsanwaltschaft Dresden gegen die “bislang nicht bekannte Intensität” wehren, “Einfluss auf das Ermittlungsverfahren zu nehmen und gegen die Strafverfolgungsbehörden Stimmung zu machen.” Inhaltlich wird in dem Schreiben mit Verweis auf die laufenden Ermittlungen keinerlei Aussage gemacht. Ausgelassen wurde allerdings, dass die Evangelische Kirche Mitteldeutschland als Dienstherrin des Pfarrers “nur durch Zufall” Kenntnis von der Durchsuchung der Amtsstube bekam. [Landesbischöfin](#) und [Regionalbischof](#) zeigten sich empört. Die Kirche wird dem Pfarrer rechtlichen Beistand anbieten.

Mittlerweile sehen auch CDU-Politiker in Sachsen Klärungsbedarf an der Hausdurchsuchung in der Dienstwohnung eines amtierenden Pfarrers in Thüringen. So gibt es widersprüchliche Darstellung der Innenministerien beider Länder. Am Dienstag, 23. August, ist eine Sondersitzung des Ausschusses für Verfassung und Recht in Dresden anberaumt. Auch der Innenausschuss des Thüringer Landtages wird die Razzia untersuchen. Thüringer Bundestagsmitglieder werden auch in Berlin das Thema aufgreifen. Bei der Hausdurchsuchung wurden Landtags- und Bundestagsabgeordnete von der sächsischen Polizei nicht als Beobachter zugelassen. Indes verteidigt die [Thüringer CDU](#) das Vorgehen, denn die Staatsanwaltschaft müsse dem Verdacht einer Straftat nachgehen.

Stadtyugendpfarrer und Stadtratsmitglied Lothar König (Bürger für Jena) wird “aufwieglerischer Landfriedensbruch” vorgeworfen. Ein Vorermittlungsverfahren gegen seine Tochter, Landtagsabgeordnete Katharina König (Die Linke) wurde als “Übermittlungsfehler” zurück gezogen. Am Tag der Hausdurchsuchung, 10. August, versammelten sich nach Polizeiangaben rund 500 Menschen, um friedlich gegen die als Willkürakt empfundene Hausdurchsuchung und Beschlagnahme eines Dienstfahrzeugs (VW Bus) und weiteres Gegenstände zu demonstrieren. (tn)

Der Beitrag wurde am Samstag, den 20. August 2011 um 10:25 Uhr veröffentlicht.

(<http://www.jenapolis.de/138327/generalstaatsanwaltschaft-dresden-razzia-bei-pfarrer-koenig-war-notwendig/>)

21

Grußwort von Lothar König

August 21st, 2011

Anlässlich der Razzia bei Lothar König fand am Mittwoch, dem 10.08.2011 eine Spontankundgebung und Demonstration in Jena statt, an welcher sich laut Presseberichten bis zu 600 Menschen beteiligten. Für diese Kundgebung hatte Lothar aus seinem Urlaub in Südtirol einen Gruß und kleinen Text geschickt, den wir hier (leider verspätet) veröffentlichen:

Hallo Leute,

Allem voran ein Dankeschön, dass ihr gekommen seid. Das ist nicht selbstverständlich. Schon garnicht mitten in der Urlaubszeit. So sind viele, die jetzt hier sein würden, nicht dabei, weil sie sich weitab von Jena befinden. Ich selber auch.

Als ich am Mittwoch früh Punkt 06.00 Uhr von einem Telefonanruf in Südtirol geweckt worden bin und mir mitgeteilt wurde, ich möchte die Wohnungstür zwecks Durchsuchung öffnen, ansonsten würden sich die vor der Tür stehenden Beamten gewaltsam Eintritt verschaffen, dachte ich noch einen bösen Scherz.

Doch dem Beamten war nicht nach Scherzen zumute. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen mich nach §129, es besteht der Vorwurf, eine kriminelle Vereinigung gebildet zu haben. Ist damit die JG gemeint? Wie in den 50iger Jahren, als diese Vorwürfe schon einmal erhoben worden waren und böse Folgen für die Betroffenen hatten? Sind wir dort wieder angelangt? Gott sei Dank: Nein!

Paragraph 129 ist weiterhin ein reiner Ermittlungsparagraph. Er versetzt Staatsanwaltschaft, wie Polizei in die Lage, rechtlich abgesichert alle technisch möglichen Maßnahmen gegen verdächtige Personen durchzuführen, insbesondere das Abhören von Telefonaten und Wanzen zu installieren; verdeckte Ermittlungen nennt man das.

Die Durchsuchung der Wohnung stellt darin noch eine harmlose Vorgehensweise dar.

Was ist der Hintergrund?

Die Staatsanwaltschaft Dresden vermutet, dass hinter dem Protest von zehntausenden von Menschen gegen die Naziaufmärsche in Dresden eine kriminelle Vereinigung stehen muss.

Das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen.

Der massenhafte Protest gegen Neonazis soll das Verbrechen einer kriminellen Vereinigung darstellen.

Dieses Verständnis der Dresdner Staatsanwaltschaft hat der SPIEGEL vorletzte Woche in einem größeren Artikel angeprangert und darüber hinaus gefragt, inwieweit das Land Sachsen noch auf dem Boden des Grundgesetzes steht. Die abstrusen Vorwürfe gegen einen Pfarrer dienten als Einleitung für den Artikel. Eine Woche später hat dieser Pfarrer eine Wohnungsdurchsuchung am Hals.

Ein Schelm, der böses dabei denkt.

Aber nein.

Die Bildung einer kriminellen Vereinigung spielt garkeine Rolle mehr. Jetzt ist es §125. Schwere Landfriedensbruch. Jetzt haben wir die Demonstranten aufgehetzt, Steine auf die Polizisten zu werfen, haben Polizeiautos gerammt und anderes mehr.

Der blaue VW-Bus der JG wurde festgenommen. Sachen beschlagnahmt usw.

Ich kenne noch nicht alle Vorwürfe, die gegen mich und die JG erhoben werden. Aber die Polizei sendet sie über die Presseagenturen in die Welt. Die BILD-Zeitung wird sich freuen, die Nazis wahrscheinlich auch.

Denn wer den Protest gegen Neonazis organisiert, steht fortan in der Gefahr, ein Krimineller und ein Hetzer zu sein. Das zumindest ist eine reale Gefahr dieses sächsischen Sommertheaters.

Dagegen gilt es dringend unseren Protest zu erheben. Deshalb seid ihr - deshalb sind wir - hier zusammengekommen. Es geht nicht mehr um eine einzelne Person. Es geht um das Grundverständnis einer freiheitlichen Gesellschaft, die nicht allein von Nazis sondern von höchstoffiziellen Stellen bedroht ist.

Dagegen richtet sich auch unser Protest, gegen die Diffamierung von Antifas und allen anderen, die sich für solch eine freie und offene Gesellschaft einsetzen.

Danke für eure Geduld.

Und Grüße von der Wanderschaft.

Lothar und Gotthard

(<http://jg-stadtmitte.de/2011/08/21/grusswort-von-lothar-konig/>)

Porträt | 21.08.2011 16:00 | Jennifer Stange

Gewohnt, gegängelt zu werden

Lothar König war nicht nur in der DDR ein Oppositioneller. Jetzt sind die Behörden wieder hinter dem Jugendpfarrer her. Angeblich ist er Mitglied einer kriminellen Vereinigung

Es war genau ein Jahr nach der gewaltsamen Niederschlagung des Prager Frühlings, da malte ein Fünfzehnjähriger „21. Aug. 1968 Dubček“ an eine Hauswand seines Heimatdorfes im Südharz. Die plakative Erinnerung an die Galionsfigur des reformkommunistischen Kurses war ein Unding in der DDR. Die Sache flog auf. Und es sollte nicht das letzte Mal gewesen sein, dass Lothar König mit den Polizeibehörden in Kontakt kam.

Heute ist er 57 Jahre alt und Jugendpfarrer in Jena. Und wieder kriegt er Besuch von der Polizei. In der vergangenen Woche durchsuchten Dutzende Beamte aus Sachsen seine Dienstwohnung in Thüringen. Das allein wäre schon Skandal genug, schließlich haben die Behörden des einen Freistaats offenbar nicht oder erst kurz vorher erfahren, was die Polizei des anderen auf ihrem Territorium machte. Von Kompetenzüberschreitung und „absolutistischer Gutsherrenmanier“ ist bei der Landtagsopposition die Rede.

Bekannter Lautsprecherwagen

Der Vorwurf gegen König klingt wie eine politische Farce: Die Staatsanwaltschaft wirft dem Pfarrer „aufwieglerischen Landfriedensbruch“ vor. Sein Dienstwagen wurde beschlagnahmt, ein blauer VW-Bus, der bei Castor-Transporten, G8-Aktionen und Antifa-Demos gelegentlich als Lautsprecherwagen unterwegs ist.

Auch im Februar war König wieder einmal mit seinem Lauti-Bus vorgefahren. In Dresden protestierten Tausende gegen einen Naziaufmarsch, und als die Lage zwischen Demonstranten und Polizei zu eskalieren drohte, wollte der Pfarrer für Beruhigung sorgen. Die Staatsanwaltschaft erzählt eine andere Geschichte: Sie verdächtigt König, „eine gewaltbereite Menschenmenge dirigiert“ zu haben. Außerdem forderte er die Menge angeblich auf, „gegen Einsatzkräfte der Polizei vorzugehen“.

Konflikte will König nicht deckeln, er will sie „austragen“ – und zwar friedlich. Anzeigen wegen Landfriedensbruchs oder Widerstands gegen die Staatsgewalt haben sich dabei nicht immer vermeiden lassen. Aber verurteilt, sagt König, wurde er in all den Jahren nie.

Oppositionelle Kirchengruppen

Wie viele andere Oppositionelle hatte sich König Anfang der siebziger Jahre unter das Dach der Kirche geflüchtet – ohne den Vorsatz, einmal Pfarrer werden zu wollen. Dort hatte sich eine „richtige Subkultur“ gebildet, erinnert sich König. Langhaarige junge Leute, vom Geist der 68er angesteckt, diskutierten darüber, wie der „richtige Sozialismus“ funktionieren könnte. Genau das habe der SED Angst gemacht, „denn wir waren ja nicht gegen, sondern mit ihnen. Wir wussten es nur besser.“ Eine gefährliche Gratwanderung. Damals hatte er zumindest damit gerechnet, „in den Knast zu gehen“, spätestens als zwei seiner besten Freunde Anfang der achtziger Jahre zu langen

Haftstrafen verurteilt wurden. „Man war es gewohnt, gegängelt zu werden“, erzählt König. Unter Walter Ulbricht wurden ihm auf einem Polizeirevier die Haare abgeschnitten. Das Abitur hatte sich bereits mit der Dubček-Aktion in seinem Heimatdorf erledigt.

Pfarrer wurde der gelernte Werkzeugmacher auf dem „zweiten Bildungsweg“. Während und nach der Ausbildung an der evangelischen Predigerschule in Erfurt engagierte er sich in oppositionellen Kirchengruppen, bei der „Offenen Arbeit“, 1987 beim ersten „Kirchentag von Unten“ und als Pfarrer in Merseburg beim „Neuen Forum“. Ihn faszinierte vor allem Propst Heino Falcke, einer der bedeutendsten Denker der Evangelischen Kirche in der DDR. Falcke hatte zu Beginn der siebziger Jahre noch die Hoffnung auf einen „verbesserlichen Sozialismus“.

Jetzt haben diese Erinnerungen einen bitteren Beigeschmack. „Viele werden damit bis heute nicht fertig“, erzählt König. Nach der Wende wurden nicht nur politische Hoffnungen enttäuscht. Welten brachen zusammen, weil sich Freunde und politisch Vertraute plötzlich als „Stasi-Zuträger“ entpuppten.

Engagiert gegen Rechts

1990 wurde König Jugendpfarrer in Jena und gründete dort die Junge Gemeinde. „Ein Glücksfall“, wie er heute findet, aber auch eine schwierige Aufgabe. Die Gemeinde war schnell zum Sammelbecken für Andersdenkende, unangepasste und linke Jugendliche geworden. Die wurden immer wieder zum Ziel von rechtsradikalen Attacken. Auch der Pfarrer der Jungen Gemeinde bekam das zu spüren: Durch Lothar Königs Gesicht zieht sich eine Narbe vom Haaransatz durch die Augenbraue wie ein Halbmond um seine linke Schläfe. Nazis hatten ihn nachts angegriffen und mit einem Gegenstand auf den Kopf geschlagen, ein Schlagring, vermutet König. Die Täter wurden nie angeklagt.

Durch sein Engagement gegen Rechts ist König heute über Jenas Grenzen hinaus bekannt. Dank seines Einsatzes gibt es etwa die Rechtsrock-Veranstaltung „Fest der Völker“ nicht mehr. Die verbreitete Ablehnung von Rechtsradikalen nennt König „schön, aber zu bequem“. Neonazis würden nicht weniger, nur weil man sie an den Rand dränge. Jedenfalls nicht, solange die „gesellschaftlichen Vorraussetzungen“ für deren Tun weiter existieren.

Zufällig hat König vor zwei Wochen erfahren, dass die sächsische Staatsanwaltschaft gegen ihn auch als Mitglied einer kriminellen Vereinigung ermittelt, die seit zwei Jahren Übergriffe auf Nazis verüben soll. König hat das ebenso erschrocken wie amüsiert, gegenüber dem *Spiegel* hatte er das Vorgehen der Behörden freimütig mit „SED-Methoden“ verglichen. Mit der Durchsuchung seiner Wohnung hätten sich die sächsischen Behörden zu einer „billigen Revanche“ hinreißen lassen, meint der Pfarrer, der zum Zeitpunkt der Polizeiaktion im Urlaub war. Die Beamten hätten nicht einmal vor dem kirchlichen Seelsorge-Geheimnis halt gemacht.

Hintergrund

Jennifer Stange ist freie Autorin in Dresden

(<http://www.freitag.de/politik/1133-gewohnt-geg-ngelt-zu-werden>)

22

Hakenkreuz-Schmierereien am Rande des Dresdner Stadtfestes

Polizisten entdecken in der Nacht zum Samstag an der Brühlschen Terrasse zwei rote Hakenkreuze an die Hauswand des Albertinums. Ein weiteres finden sie am Treppenaufgang vom Georg-Treu-Platz zur Brühlschen Terrasse. +++

Die Ermittler gehen von einem Zusammenhang aus. Die Dresdner Kriminalpolizei hat die Ermittlungen übernommen.

Quelle: Polizei Dresden

(<http://www.dresden-fernsehen.de/default.aspx?ID=12209&showNews=1012770>)